

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wortersährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Stellv.-Vandere)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 80.

Berlin, Sonnabend, 4. Oktober 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Kartell der Scharfmacher und Brotvertreuer. — Die rechtsgewisse Regelung der Wandereinführung. — Die englische Scharfmachergewerkschaft. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Leit. — Verbandsleit. — Anzeigen.

### Kartell der Scharfmacher und Brotvertreuer.

In der zweiten Hälfte des August wurde in Leipzig eine eigenartige Gemeinschaft geschlossen. Der Zentralverband Deutscher Industrieller, der Bund der Landwirte und der sogenannte Deutsche Mittelstandesverband haben sich nämlich dazwischen zu einer Art Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die darauf gerichtet ist, die Interessen der drei genannten Gruppen zu vertreten. Ein Kartell soll nicht zustande gekommen sein; man wehrt sich sogar in der Öffentlichkeit mit einer geradezu befruchtlichen Entschiedenheit gegen diese Bezeichnung. Wie das Kind heißt, was dort in Leipzig aus der Taufe gehoben worden ist, erscheint uns völlig gleichgültig. Die Hauptfrage ist für uns, welchen Zweck, welche Tendenz die Gründung hat, und da sind wir allerdings der Meinung, daß man jenen Bestrebungen mit aller Energie entgegenzutreten muß. Das Arbeitsprogramm, das man sich gestellt hat, lautet:

1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft zueinander wirtschaftlicher Unterstützung im Organismus unserer Wirtschaftslife.
  2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.
  3. Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.
  4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren.
- Die organisatorische Durchführung dieses Arbeitsprogramms ist wie folgt gedacht: Es soll nicht eine Verschmelzung stattfinden in der Weise, daß die drei großen Berufsstände sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen; jeder Berufsstand soll vielmehr für sich arbeiten, und nur solche wirtschaftlichen Fragen, die allen drei Ständen gemeinsam sind, sollen, wenn Einmütigkeit erzielt wird, gemeinsam behandelt werden. Zu diesem Zweck werden Kartelle gebildet, und zwar ein Reichsausschuß, den Vertreter der Zentralverbände bilden, Provinzial- und Landesstellen, in denen die Führer der provinziellen Organisationen vertreten sind, und drittens Kreisstellen, in die die örtlichen Organisationen der Berufsstände ihre Delegierten entsenden.

Niemand wird man es verdenken können, wenn er sich mit Gleichgültigkeit zur Wahrung seiner Interessen zusammenschließt. Dieses Recht nehmen wir als Arbeiter ja auch für uns in Anspruch. Aber wenn diese Wahrung der eigenen Interessen durchgeführt werden soll lediglich auf Kosten anderer Stände, so haben diese alle Ursache, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Man weiß ja, was hinter jenen Redensarten steckt, man weiß, daß mit der Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben gemeint ist, daß man unbedingt an dem Prinzip des Herrin-Gaulebens festhalten will. Auf den Umweg, der mit dem Begriff „Schutz der nationalen Arbeit“ getrieben wird, brauchen wir nicht näher einzugehen. Was es mit dem „Schutz der Arbeitswilligen“ auf sich hat, ist hinlänglich bekannt. Und wenn von der Bekämpfung der Sozialdemokratie und „sozialistischer Irrlehren“ die Rede ist, so hat man darunter in diesem Falle zu verstehen: Bekämpfung der Bestrebungen der Arbeiterchaft auf Verbesserung ihrer Lage.

Man sehe sich doch einmal die Gesellschaft an, die sich da in Leipzig zusammengefunden hat! Der Zentralverband Deutscher Industrieller ist jene

Vertretung der Schwerindustrie, in der noch immer die schlimmsten Scharfmacher die Zügel in der Hand gehabt haben. Sie sind es, die dem Tarirgedanken in der Großindustrie die größten Hindernisse in den Weg stellen; sie sind es, die seit Jahren für den stärkeren Schutz der Arbeitswilligen und insbesondere für das Verbot des Streikpotentials eintreten. Für sie gibt es keine Mitbestimmungsrechte des Arbeiters. Er soll das willkürliche Werkzeug des Unternehmers sein, der kein Wort in den Arbeitsvertrag hineinzureden hat. Und dann der Bund der Landwirte! Auf dem Schuldskonto ist es in erster Linie zu setzen, daß die deutsche Arbeiterchaft seit Jahren unter einer schweren Teuerung der notwendigen Lebensmittel zu leiden hat. Der Bund der Landwirte und seine hauptsächlichste politische Interessenvertretung aber ist es auch, der zu jeder Schwächung der Rechte der Arbeiter stets freudig die Hand bietet. Wir erinnern nur daran, wie er kürzlich in seinem Organ der „Deutschen Tageszeitung“ ein fündiger Jurist den Begriff des Streikpotentials definierte, um dieses Arbeiterrecht gesehlich fallen und wegfamotieren zu können. Hand in Hand sind der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte stets gegangen, wenn es galt, aus der Haut des Arbeiters Fleumen zu schneiden, wenn es galt, die eigenen Taschen zu füllen und die Rechte der Arbeiter zu verkürzen. Und der Deutsche Mittelstandesverband endlich ist eine Vereinigung von jenen Mittelstandsbrettern, die durch Staatshilfe dem Handwerkerstand helfen wollen, die da glauben, dem Rad der Entwicklung in die Sprossen fallen zu können, die die schlimmsten Gegner der Konsumvereine und genossenschaftlichen Bestrebungen überhaupt sind.

Diese drei Gruppen also wollen jetzt gemeinschaftlich den Kampf führen. Sie wollen die Gesetzgebung beeinflussen und wollen durch örtliche Organisationen ihre Bestrebungen zu fördern suchen. Zeigen schon die oben angeführten Leitfäden, in welcher Weise dies geschehen soll, so bracht es noch deutlicher der Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Dr. Schweighoffer, zum Ausdruck, der unter stürmischen Beifallsbedingungen seiner Zuhörer ausführte:

„Industrie, Landwirtschaft und Handwerk wurzeln mit allen ihren Lebensfasern in dem Boden der jetzt bestehenden Gesellschaftsordnung und der veränderten Staatsform, und deshalb haben sie ihre härtesten und gerechtigsten Gegner dort, wo der Umsturz der bestehenden Verhältnisse das erste Ziel ist. Diese Gemeinsamkeit der Lebensinteressen schließt alle selbständigen Unternehmern in der Landwirtschaft und der Industrie zusammen zu gleicher Tätigkeit auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens. Das hierbei von einer Aufgabe der Selbständigkeit der einzelnen Gruppen und ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht die Rede sein kann, kann nur derjenige behaupten, der vollen Willens ist. Das gleiche Interesse dieser drei Berufsstände erfordert es, daß die staatliche Ordnung auch im Innern unverändert bleibe, damit Handwerk, Industrie und Landwirtschaft die Möglichkeit haben, in Ruhe und unter dem Schutze der staatlichen Machtmittel ihrem Gewerbe nachzugehen. Dieses gemeinsame Interesse ruz uns zu gemeinsamer Betätigung auf. Es muß endlich dem Streikterrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften, dem Mangel an Schutz der Arbeitswilligen und der fortwährenden Verdröhung des wirtschaftlichen Friedens durch Streik und Kontost abgeholfen werden.“

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften werden genannt, schon um besser Stimmung zu machen, aber alle gewerkschaftlichen Bestrebungen sollen getroffen werden. Gibt doch auch die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ bei der Besprechung der Gründung zu, „daß im Vordergrund

die sozialpolitischen Fragen stehen, wie sie sich allmählich durch die Sozialdemokratie und ihre Helfershelfer aus dem bürgerlichen Lager gestaltet haben“.

Die deutschen Arbeiter haben danach allen Anlaß, das Treiben dieses in Leipzig geschaffenen Kartells, oder wie man sich sonst nennen mag, aufmerksam zu verfolgen; denn gegen sie ist die Verbüderung gerichtet. Soweit es sich um Beschränkung der Koalitionsfreiheit handelt, werden die kartellierten Scharfmacher ja wenigstens im deutschen Reichstage kein Glück haben. Erster allerdings sieht die Sache schon aus, soweit es den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit anbelangt. Die herrschenden Teuerungsverhältnisse erreichen gebieterisch eine allmähliche Verabiegung der Lebensmittelzölle. Davon will man auf jener Seite nichts wissen, und es besteht leider die Gefahr, daß auch im Reichstage dafür keine Wehrheit vorhanden ist. Haben doch die Großindustriellen bis tief in die Reihen der Nationalliberalen hinein großen Einfluß, und die Beziehungen zwischen ihnen und dem Bunde der Landwirte, die nun noch fester geknüpft sind, lassen nicht erwarten, daß ein Wandel zum Besseren getroffen wird. Ja, wenn das Zentrum dafür zu haben wäre! Aber daran ist nicht zu denken. Umso auffallender ist es, daß gerade die christlichen Gewerkschaften gegen das Leipziger Kartell fürchtbar Lärm schlagen. Viele ihrer Führer, die im Reichstage sitzen und dem Zentrum angehören, haben jene Teuerungsverpolitik mitgemacht und sind mit verantwortlich für ihre Folgen. Und jetzt auf einmal wird geschimpft über die Erhaltung und Vermehrung der Lebensmittelzölle ohne Rücksicht auf die herrschende Teuerung und auf die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes. Ist das nicht pure Heuchelei? Wenn man selbst solche Missetaten mit verschuldet hat, dann soll man doch nicht über diejenigen schimpfen, die sie beibehalten wollen. Deshalb scheint es uns so, als wenn die christlichen Gewerkschaften es garnicht ernst meinen mit ihrer energischen Sprache. Der ganze Vorstoß erscheint uns wie Theaterdonner, als ein Mittel, die Aufmerksamkeit von anderen Dingen abzulenken. Auch der Reichstagsabgeordnete Giesberts hat sich mit besonderer Schärfe kürzlich gegen die Verbüderung der Scharfmacher ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß sie sich zusammengefunden hätten, um möglichst hohe Lebensmittelpreise einzuführen. Gerade Herr Giesberts hätte alle Ursache, in dieser Frage den Mund nicht allzuweit zu nehmen.

Es ist sicherlich nicht das letzte Wort, das in dieser Angelegenheit gesprochen ist. Das Treiben der neuen Bundesgenossenschaft wird von uns sorgfältig im Auge behalten werden. Auch unsere Kollegen draußen im Lande müssen darauf achten, welche Tätigkeit die geplanten örtlichen Kartelle entfallen und darüber an die Verbandsleitung berichten. Aber auch das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer, die jetzt so enervierte Töne finden, werden wir für die Zukunft recht sorgfältig prüfen. Es wird sich ja zeigen, ob ihre Taten auch den jetzigen Worten entsprechen. Was aber die Hauptfrage ist: Die Antwort auf den engeren Zusammenhluß jener Feinde der Arbeiterchaft muß sein, daß die Arbeiter ihrerseits alle Anstrengungen machen, ihre Organisationen zu stärken, damit sie umso wirksamer die gegenwärtigen Angriffe variieren können. Terjenige erwidert sich das größte Verdienst um die deutsche Arbeiterchaft, der dafür sorgt, daß die Arbeiter vom nationalen Boden stehenden, partei- und kirchenpolitisch wirklich unabhängigen Deutschen Gewerksvereine möglichst gestärkt werden.

### Die reichsgesetzliche Regelung der Wandererfürsorge.

Wie die Zahl der Arbeitslosen in den Großstädten und Industriebezirken in der letzten Zeit ständig gestiegen ist, so ist auch schon verschiedentlich berichtet worden, daß die Zahl der Landstrafenproletarier, der arbeits- und obdachlosen Wanderer, in bedeutendem Umfange zugenommen hat. Voraussichtlich wird aber in den nächsten Monaten noch eine wesentliche Vermehrung der wandernden Arbeitslosen eintreten. Diese Tatsache dürfte mit den Anstößen gegeben haben, daß die Reichsregierung, wie offiziös gemeldet wird, dem Reichstage beim Niederkunftentritt zwei Gesekentwürfe vorlegen wird, die eine reichsgesetzliche Regelung der Wandererfürsorge herbeiführen sollen. Bisher ist die Wandererfürsorge nur in Preußen durch ein Gesetz geregelt; aber auch hier wurde nicht allzu viel erreicht, weil das Wandererfürsorgegesetz vom Jahre 1907 in den einzelnen Provinzen überließ, ob sie Einrichtungen für wandernde Arbeitslose schaffen wollten oder nicht. In den Provinzen, wo die Großgrundbesitzer in den Provinziallandtagen vorherrschen, wurden die Wandererfürsorge von vornherein mit mißtraulichen Augen betrachtet, wohl deshalb, weil jene Herren annehmen, durch eine Wandererfürsorge könnte die Wanderlust der Landarbeiter gefördert werden. So sind denn auch in Pommern, Posen, Westpreußen und Ostpreußen keine Stätten für wandernde Arbeitslose eingerichtet worden. Da also augenscheinlich mit der fakultativen Wandererfürsorge nichts zu erreichen ist, so sucht die Reichsregierung eine Regelung durch die Reichsgesetzgebung herbeizuführen. Ein endgültiges Urteil über die beiden geplanten Gesekentwürfe im Wortlaut vorliegen. Im Prinzip kann aber den Vorschlägen nur zugestimmt werden: eine Regelung über das ganze Reich ist jedenfalls immer zweckmäßiger als eine landesgesetzliche Regelung, namentlich wenn es in das Belieben der einzelnen Provinziallandtage gestellt ist, ob sie das Gesetz zur Anwendung bringen wollen oder nicht.

Nach dem Wandererfürsorgegesetz sollen in allen Teilen des Reiches Wandererstätten errichtet werden, in denen arbeitslose Wanderer gegen gewisse Arbeitsleistungen Verpflegung und Logis erhalten. Neben den Wandererstätten, in denen wandernde Arbeitslose vorübergehend eine Unterkunft finden können, sollen auch noch Arbeitsheime eingerichtet werden, in denen arbeitslose Wanderer für längere Zeit aufgenommen werden können. Die Wandererstätten, auch Verpflegungsinstitutionen genannt, sind ja schon seit längerer Zeit bekannt; sie existieren im Königreich Württemberg, in den Provinzen Hessen-Nassau, Westfalen, Hannover, Sachsen und Schlesien. Die Arbeitsheime aber sind als eine neue Einrichtung gedacht, etwa nach Art der sogenannten Arbeiterkolonien, die von Vereinen gegründet sind und in denen Arbeitslose ja auch für eine längere Zeit Aufnahme finden. Die Errichtung solcher Arbeitsheime, in denen arbeitslose Wanderer für eine längere Zeit ein Unterkommen finden können, mußte zweifellos als eine wesentliche Verbesserung des Lebenslozes der wandernden Arbeitslosen angesehen werden; namentlich wäre von der Einrichtung solcher Arbeitsheime eine Verringerung der Zahl der Desaffizierten zu erwarten. Denn gerade ein langes Wandern auf der Landstraße führt bei vielen Arbeitslosen dazu, daß sie sich dem Schnapsentel ergeben, für eine regelmäßige Beschäftigung und für ein geordnetes Leben unbrauchbar werden. Ob die Arbeitsheime den Zweck erfüllen würden, den sie haben sollen, das wird allerdings viel davon abhängen, wie diese Arbeitsheime eingerichtet sein werden. Das vorgeschlagene Gesetz enthält ja die Bestimmung, daß der Aufenthalt in den Wandererstätten und in den Arbeitsheimen nicht als Armenunterstützung angesehen werden darf; aber es wäre auch zu fordern, daß diese Einrichtungen keinen gefängnisartigen Zuschnitt erhalten und daß das Aufsichtspersonal aus Leuten besteht, die ihrem Aufgabebereich nach allen Richtungen hin gewachsen sind. Für solche Einrichtungen einfach Beamte nach dem Schema F wählen, würde zweifellos zu Mißerfolgen führen.

Ein anderer Gesekentwurf, der damit zusammenhängt, der aber hier von geringerem Interesse ist, will eine Änderung des Gesetzes über den Unterstützungsbedürfnis herbeiführen. Danach sollen die betreffenden Landarmenverbände verpflichtet werden, dem Ortsarmenverbande notwendige Ausgaben für Wanderarme zurückzuerstatten ohne Rücksicht darauf, ob der Wanderarme einen anderen Unterstützungsbedürfnis hat oder nicht. Vielleicht

wird noch auf die beiden Gesekentwürfe eingegangen werden müssen, wenn sie dem Reichstage unterbreitet werden.

### Die englische Scharfmacherorganisation.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Wie in meinem ersten Bericht bereits angedeutet wurde, hat sich die Presse seit ausnahmslos gegen die Employer's Defence Union, mehr aber noch gegen den Millionenkampffonds gewendet. Und auch die Arbeitgeber selbst wollen davon nichts wissen. Man weiß auf frühere Gründungen dieser Art hin, die sämtlich fehlgeschlagen sind. Am schärfsten zeigt sich der Widerspruch im kommerziellen Zentrum Englands, der Londoner City. Die neuen Vorschläge werden den leider vorhandenen Gegenab zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vertieft und nur den sozialistischen Agitatoren Waffen in die Hand geben. Es wird auf die Haltung der Gewerkschaftsführer hingewiesen, die sich mit aller Macht gegen die unbedachte Streikbewegung stemmen. Die Führer der Eisenbahner haben gerade sich gegen den Streik in Birmingham und Liverpool ausgesprochen. Mr. Davis (Doker), Mr. Mullin (Textilarbeiter), Mr. Davis (Metallarbeiter) haben in einer Artikelferie in der konservativen „Morning Post“ sich pessimistisch über den Wert großer Streiks geäußert, und ihnen hat sich der sozialistische Abgeordnete Snowden angeschlossen. Das alles hat keine Wirkungen auf Arbeitgeber und die öffentliche Meinung nicht verfehlt. Mr. Leonard G. Tate von der Electrical Contractors Association (Verkaufsverband der Elektrizitätsindustrie) erklärte, er würde vorziehen, daß die Trade Unions stärker und besser organisiert sind, weil dann die „unverantwortlichen Elemente“ besser im Zaum gehalten werden können.

Bemerkenswert ist, daß auch die individualistischen Grundbesitzer, die von jeder die unruhigsten Arbeiter behält, sich gegen die Scharfmacherorganisation wenden. Der walisische Stohlenmagat T. A. Thomas lehnte eine Form der Organisation, wie die vorgeschlagene, gänzlich ab. Die gleiche Haltung nimmt die Reichsdruck-Industrie ein. Die Schiffbauern sind geteilter Meinung. Fast überall da, wo Zustimmung gegeben wird, ist aber die Bedingung ausgesprochen, daß die Defence-Union das Prinzip des Trade-Unionismus nicht angreifen darf. Man kann also erwarten, daß entweder der große Plan ins Wasser fällt oder daß aus weiteren Beratungen etwas ganz anderes herauskommt, als was die Lords und Professoren beabsichtigt haben.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 3. Oktober 1913.

Die Bestellung auf das Taschenbuch für die Deutschen Gewerkschaften 1914 ist bei weitem noch nicht von allen Ortsverbänden und Ortsvereinen erfolgt. Im Gegenteil, eine sehr große Zahl hat noch keinerlei Anhaltstellen getroffen, ihren Mitgliedern den Erwerb des Taschenbuches zu sichern. Wer nachher nicht leer ausgehen will, der muß zeitigen Vorzeige treffen, denn der Versand erfolgt in der Reihenfolge, wie die Bestellungen eingehen. Ist aber die Auflage vergriffen, so können die darüber hinausgehenden Wünsche nicht mehr berücksichtigt werden. Eine zweite Auflage wird auf keinen Fall gedruckt. Aus diesen Gründen richten wir noch einmal an alle Ausschüsse die Mahnung, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zur Sprache zu bringen und die benötigte Anzahl von Taschenbüchern zu bestellen entweder bei ihrem Hauptverband oder aber im Verbandsbureau.

Das Taschenbuch zeichnet sich vor dem vorjährigen insbesondere durch den festen Leinwand-einband aus. Dadurch ist die Gewährung geboten, daß sich das Buch auch das ganze Jahr über gut hält. Inhaltlich ist es überaus reich. Es wird den in der Agitation tätigen Kollegen eine Menge von wirkungsvollem Material liefern. Nach alledem erscheint es uns eine Ehrenpflicht jedes Gewerkschafters zu sein, ein solches Taschenbuch zu erwerben. Der niedrige Preis von 30 Pf. macht es jedem einzelnen möglich, ein Taschenbuch zu kaufen.

### Wo müssen sich unsere Kinder organisieren?

Es gibt viele verlässliche Arbeiter, die aus einem übertriebenen Gerechtigkeitsgefühl ihren jugendlichen Kindern völlig freistellen, in welcher Organisation sie Anstalt suchen. Inzwischen bei aller Abneigung gegen jeden Koalitionszwang ist ein solches Verhalten doch nicht zu verstehen. Junge Leute, die selbst noch keine Erfahrung sammeln, noch keine eigene Ueberzeugung gewinnen konnten, bedürfen gerade bei der Organisationswahl drin-

gend der Beratung, und niemand ist mehr dazu berufen als der Vater, der selbst im Staate ums Dasein steht, die verschiedensten Richtungen kennen gelernt hat und durch seine Mitgliedschaft zu erkennen gibt, daß er sich in den Deutschen Gewerkschaften am besten geborgen glaubt. Bildet des Vaters ist es, durch Aufklärung seinen Kindern das Suchen nach der richtigen Organisation zu erleichtern, damit die jungen Leute nicht den Einflüsterungen von anderer Seite erliegen.

Aus einem ausländischen Gewerkschaftsorgan veröffentlicht dazu die christliche „Baugewerkschaft“ folgende treffende Bemerkungen:

„Die Eltern müssen doch einsehen, daß Jungen von 14 bis 15 Jahren und auch jene noch, die schon etwas älter sind, den Ernst des gesellschaftlichen Lebens noch nicht, aber jedenfalls nicht vollständig begreifen. Sie leben noch völlig unbeforgt dahin und denken wenig an ihre Zukunft. Daher ist es von großer Bedeutung, daß die Eltern selbst dafür sorgen, daß die Jungen Mitglieder der Gewerkschaft, die sie nach eigener Ueberzeugung als die beste erkannt haben, werden. Am schwierigsten ist es natürlich, die Jugendlichen, wenn sie einmal Mitglieder sind, für die Organisation zu begeistern. Dadurch, daß man hochtadelnde Worte und verwinkelte Fragen mit ihnen bespricht, wird man nicht weit kommen. Andererseits darf man aber auch die Jugendlichen nicht sich selbst überlassen und denken, sie seien jetzt Mitglieder und würden es noch ausbleiben. Nein, sie müssen langsam zu guten, überzeugten Gewerkschaftlern erzogen werden. Wie verfährt man dabei am besten? Man spricht gewöhnlich mit ihnen über ihre Arbeit, ermuntert sie, wie sie behandelt werden, welche Arbeit gemacht wird, was etwa vorkommt, wozu sie nicht erbaud sind, usw. Das man sie so zum Sprechen gebracht, so wird das Interesse für den Beruf und für die Zukunft geweckt. Dabei läßt sich dann tropfenweise der Organisationsgedanke einfliessen, und bald schon wird sich der Erfolg zeigen.“

Das ist durchaus richtig. Die Hauptsache ist aber und bleibt, daß jeder Gewerkschafter dafür sorgt, daß auch seine Kinder der Gewerkschaft angehören. Wer das nicht tut, darf sich nicht wundern, wenn man ihm von dieser oder jener Seite den Vorwurf der mangelnden Ueberzeugungstreue macht.

### Der sozialdemokratische Parteitag in Jena

wird natürlich auch im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ eingehend besprochen. Das Zentralorgan der „freien“ Gewerkschaften ist mit dem Verlauf der Jenaer Tagung sehr zufrieden. Namentlich ihre Stellung zum Generalkongress findet volle Billigung. Bescheidend ist, daß dem Reichstagsabgeordneten Dr. David besonders nachgerühmt wird, daß er die „Kuppligkeit und Gefährlichkeit eines Massenstreiks in absehbarer Zeit in der eindringlichsten Weise klarmachte und damit die Diskussion sachlich zur Höhe brachte“. Daraus erkennt man die große Abneigung, die in der höchsten Stelle der „freien“ Gewerkschaften gegen den Generalkongress vorhanden ist. Das zeigt sich auch in den Bemerkungen, die zur Annahme der Massenstreikresolution gemacht werden:

„Mit diesem Beschluß hat der Parteitag der unfruchtbar und organisationschädlichen Diskutierer über den Massenstreik einen Riegel vorgeschoben, der hoffentlich die gebührende Beachtung findet. Das „Hamburger Echo“ wendet sich allerdings gegen die angenommene Resolution, weil sie als Bedingung für den Massenstreik die vollkommene Uebereinstimmung aller Vertretungen der Arbeiterorganisationen voraussetzt und meint: Wenn man an den Bestarbeiterstreik und an die Bestrafung eines „eigenmächtigen“ Vorgehens denkt, so erscheint die Bedingung der Uebereinstimmung bedenklich. Wir finden es aber ganz in der Ordnung, daß die Uebereinstimmung gefordert und strikte festgehalten wird, denn die Gewerkschaften sind sicherlich am meisten durch einen Massenstreik in Mitleidenhaft gezogenen Faktoren der Arbeiterbewegung, über deren Urteil man nicht zur Tagesordnung übergeben kann. Wenn in solch einer Massenstreikstimmung erst einmal Gelegenheit gegeben wird, alle Bedenken noch recht eingehend zu erörtern, dann ist das sicherlich recht nützlich und notwendig, denn der Massenstreik ist eben noch viel bedeutlicher als die verlangte Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung.“

Ueber die Behandlung der Maifeier auf dem Parteitage geht das „Korrespondenzblatt“ mit einigen nichtssagenden Sätzen hinweg. Alles in allem vermahnt sich auch das „Korrespondenzblatt“ dagegen, als bedeute der Verlauf des sozialdemokratischen Parteitages einen großen Sieg des Revisionismus. Davon könne keine Rede sein, aber:

„Ein starker Aufbruch nach rechts, eine deutliche Abgabe an den Gegenpol des Revisionismus, an den Hyperrealismus oder Putschismus, wie er verschiedentlich bezeichnet wurde, ist ja nicht zu verkennen. Diese Kreise, die mancherorts das Versammlungslieben der Partei in allzu aufdringlicher Weise beeinflussen, sind heute ziemlich isoliert worden. Besetzt hat in Jena der noch allzeit gesunde Stamm der Partei, der der ewigen Ar-



fehlerei und Prinzipienquiblerie müde ist und den großen Einfluß der Arbeiterbewegung in reale Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Volksmassen umzusetzen befreit ist. Möge dieser Sieg der Vernunft ein recht nachhaltiger bleiben.

Nun, wir sind der Meinung, daß eine deutliche Abwage an den Gegenpol des Revisionismus einen Sieg dieses Revisionismus bedeutet. Das soll man doch nicht leugnen. Warum denn? Ist es denn etwas so Bedäuerliches, wenn in einer Partei die Vernunft über den Uninn den Sieg davon trägt?

**Kleinlicher Reid.** Die christlichen Gewerkschaften können im Königreich Sachsen nicht recht vorwärts kommen, soweit Mühe sie sich auch geben. Das kränkt sie und darum machen sie ihrem geprehten Herzen Luft durch kleinliche Nörgelien auch gegen die Gewerkschaften und ihre Führer. So auch im „Deutschen Metallarbeiter“. Da sollen die Kirch-Dunderischen Funktionäre in Chemnitz mit dem Verband des Pfarrers Richter „ein Herz und eine Seele“ sein, während das Verbandsorgan „Der Gewerkschein“ und der „Regulator“ sich abweisend gegen die Richterlichen verhalten. Auch unser Verbandsvorsitzende wird der Sympathie für den Pfarrers-Richter-Verband verdächtigt, weil er dem Richterlichen Sekretär Purfürst gesagt haben soll, er könne ruhig Mitglied der Kirch-Dunderischen Gewerkschaften bleiben, wenn er auch Sekretär dieses Verbandes sei. Ist das ein kleines Geschwätz! Unser Verbandsvorsitzender erinnert sich nicht, daß er Herrn Purfürst gerade diese Anerkennung gemacht hat, wohl aber weiß er, daß er Herrn Purfürst, der ihn rein persönlich ein inhaltvoller Mensch ist, gesagt hat, daß V. als Gewerkschaftler die Pflicht habe, für die Gewerkschaft einzutreten und nicht für einen Verband, der von unserm Verbandsvorsitzenden nicht anders beurteilt wird als es im „Gewerkschein“ und im „Regulator“ geheißen ist. Unser Vorsitzender macht kein Gebl daraus, daß er auch unter den christlichen und unter den freien Gewerkschaften Persönlichkeiten kennt, die ihm sympathisch sind, damit billig er aber keineswegs die einseitige Stellung dieser Gewerkschaften. Wenn alle diese Persönlichkeiten Mitglieder der Gewerkschaften wären, so würde er wohl nicht daran denken, sie hinauszuweisen. Kleinliche Invidiosität zu üben, überläßt er ruhig den kleinen Geizhalsen, die daran mehr Gefallen finden mögen als an einer ernsten Arbeit im Dienste des geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts der Arbeiter.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik der rädertischen Fabrikarbeiter in Stettin weist keinerlei Veränderung in der Situation auf. Es sind zwar im Laufe der Woche durch Vermittlung einiger Stadtverordneter mehrfache Verständigungsversuche gemacht worden; dieselben haben aber keinen Erfolg gehabt, da der Magistrat kein Entgegenkommen zeigt. Auch der Streik der Expeditionen in Stettin nimmt seinen Fortgang. Ein innerer Zusammenhang zwischen den beiden Bewegungen wird von den Arbeitern bestritten. — In Berlin und Umgebung befinden sich die Glasarbeiter in einer Tarifbewegung. Die Unternehmer haben am 1. Juli zum 30. September den alten Tarif gekündigt und wollen bei einem neuen Abschluß gewisse Verschlechterungen einführen. Tagelöhner wehren sich die Arbeiter, die beschloffen haben, die Arbeit niedersulegen, aber trotzdem die Verhandlungen mit den Unternehmern fortsetzen. Das ist auch geschehen. Inzwischen sind die Bemühungen, eine Einigung herbeizuführen, bisher erfolglos geblieben. — Der Streik in der Maschinenbau-A.G. Michersleben dauert fort, wenn es auch der Firma gelungen ist, eine Anzahl von Arbeitern zu gewinnen. — Der Kampf in der Berliner Pelzbranche hat insofern eine Wendung erfahren, als auf Veranlassung des Gewerbegerichts zwischen Vertretern der drei in Betracht kommenden Verbände, nämlich der Unternehmer, der Zwischenmeister und der Gesellen, Verhandlungen stattgefunden haben mit dem Ergebnis, daß am Sonnabend vor dem Gewerbegericht weiter behandelt werden soll.

Eine große Aussperrung droht in der englischen Textilindustrie auszubrechen. Der Verband der Baumwollspinnereibesitzer in Manchester hat die Arbeiter der Zwirnereien benachrichtigt, daß, wenn die Ausständigen der Webereispinnerei in Bolton die Arbeit nicht wieder aufnehmen, eine allgemeine Aussperrung verhängt würde. Die Situation ist überaus kritisch. — In den Wurstfabriken der rumänischen Hauptstadt Bukarest sind die Schlächtergesellen in eine Lohnbewegung eingetreten, um eine Ver-

besserung der Arbeitsbedingungen, die überaus schlecht sind, herbeizuführen. Insbesondere handelt es sich um eine Verfügung der überaus langen Arbeitszeit und Erhöhung der niedrigen Löhne. Die Unternehmer lehnen jedes Entgegenkommen ab und drohen mit der Veranziehung Arbeitswilliger aus anderen europäischen Staaten.

**Zu einem dritten deutschen Arbeiterkongress** veröffentlicht das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ einen Aufruf an die Verbindungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten Deutschlands. Die Veranstaltung soll vom 30. November bis zum 3. Dezember in Berlin stattfinden. Ihr Zweck ist, Stellung zu nehmen gegen die Bremser in der Sozialpolitik und zur Förderung der freien Entfaltung der Selbsthilfeverbände. Eingeladen werden alle Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten, die auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, die die Notwendigkeit selbständiger gewerkschaftlicher Betätigung anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben.

Außer den üblichen geschäftlichen Dingen sollen folgende Fragen behandelt werden: Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland; die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner; die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechtes für die Angestellten und Arbeiter; Lebensmittelversorgung und Lebensmittelerzeugung; die Wohnungsfrage und die Arbeitslosenfürsorge. Intercediert ist der Aufruf von den namhaftesten Führern der christlichen Gewerkschaften; merkwürdigerweise aber steht darunter auch der Name Friedrich Moos-Waldenburg, eines Sekretärs der katholischen Fachabteilung des Berliner Reichsausschusses. Also trotz der heftigen Gegnerschaft der Berliner und der störrischen Haltung der Berliner und der störrischen Haltung der Berliner, die sich in der Sache gegen die christlichen Gewerkschaften sonst nicht genug tun kann, veröffentlicht diesen Aufruf. Interessant wird zweifellos auch die Behandlung der Frage der Lebensmittelversorgung und Lebensmittelerzeugung sein. Wollen die christlichen Führer endlich Schluss machen mit der Unterwürfigkeit der Feuerschutzpolitik und mit dazu beitragen helfen, daß endlich Erleichterungen geschaffen werden?

**Gegen den christlichen Textilarbeiterverband** und seinen Vorsitzenden, den Reichsausschubgeordneten Schiffer, ist in diesen Tagen eine Broschüre veröffentlicht worden, die uns von verschiedenen Seiten aus dem Rheinland zugeschickt worden ist. Verfasser der Schrift ist ein gewisser Kästling, der früher Redakteur des Kraans des christlichen Textilarbeiterverbandes war, aber von seinem Posten entbunden worden ist. In der Broschüre werden zum Teil unangehörliche Vorwürfe erhoben. Dem Verbandsvorsitzenden Schiffer werden sogar direkte Einmischungen nachgesagt. Es widerstrebt uns, solche von entlassenen Beamten verfaßten Schriften, die ihren Ursprung oft der Verärgelung und Erbitterung verdanken, gegen den Gegner auszuwerfen, solange sich derselbe nicht geändert hat. Aber wenn der Zentralverband christlicher Textilarbeiter unter Hinweis auf die Broschüre lediglich eine Erklärung veröffentlicht, daß der Inhalt zum Teil vollständig unwahr, zum anderen Teil in demagogischer Weise entstellt und verdreht sei, daß die von R. erhobenen Beschuldigungen vom Zentralverband des christlichen Textilarbeiterverbandes bereits eingehend untersucht und als vollständig unbegründet beurteilt worden seien, so genügt das der Öffentlichkeit gegenüber nicht. Dadurch, daß der Verfasser der Broschüre zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wird, muß der Nachweis erbracht werden, daß die Behauptungen unwahr sind. Angesichts der Schwere der Beschuldigungen wird der Reichsausschubgeordnete Schiffer nicht umhin können, seinen früheren Kollegen zu versagen, damit die fast ungläublich klingenden Beschuldigungen auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt werden können.

„Richtlinien für die Bundesvereine“ nennt der „Werkschein“, das Organ der gesellen Essener Richtung, ein Programm, das er in seiner neuesten Nummer 39 veröffentlicht. Wir verzichten auf die völlige Wiedergabe. Es ist da die Rede von der wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Hebung der Arbeiter, von der konfessionellen und parteipolitischen Neutralität und andern schönen

Dingen, die sich ganz gut ausnehmen, aber keineswegs charakteristische Merkmale der Selben sind. Diese charakteristischen Kennzeichen treten vielmehr hervor in Punkt 4 und 5 der Richtlinien. Darin heißt es nämlich:

4. ... Die Beiträge des Unternehmers an die Wertvereinstafte sind gerechtfertigt durch die wirtschaftliche und soziale Gemeinschaft, sowie durch die besonderen wirtschaftlichen Vorteile, die auch dem Unternehmer durch die Wirksamkeit des Wertvereins erwachsen.

5. Die Wertvereine beruhen auf der durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährtesten Koalitionsfreiheit der Arbeiter, da sie Vereinigungen sind „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Der ebenfalls durch den § 152 erlaubte Streik ist lediglich eines der Mittel zur praktischen Betätigung der Koalitionsfreiheit, das natürlich auch den Wertvereinen zu Gebote steht und auf das sie auch nicht grundsätzlich verzichten. Das Mittel des Streiks ist indes für die Wertvereine nur von untergeordnetem Werte, weil es überall da nicht gebraucht wird, wo ein Unternehmer und eine Arbeiterkraft zusammenwirken, welche die Bedeutung der volkswirtschaftlich leistenden Aufgabe der überwiegenden Interessengemeinschaft richtig erkannt haben und nach dieser Erkenntnis verfahren. Der Streik erschüttert die Grundlagen der Erwerbsquelle sowie die bestehende Arbeits- und Interessengemeinschaft und schädigt alle Beteiligten.

In der Erkenntnis dieser Umstände verzichten die Bundesvereine auf die Anlegung von Streikkassen. Die Schaffung solcher Kassen würde eine Widermündigkeit gegen die Interessengemeinschaft bedeuten, ein unbegründetes grundsätzliches Mißtrauen des Vereins gegen den Unternehmer zum Ausdruck bringen und die friedliche Verständigung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft von vornherein töten.

Hier wird also offen zugegeben, was ja für Stunden längst nichts Neues mehr war, daß die Unternehmer Beiträge an die Wertvereinstafte zahlen, und daß dies ganz in der Ordnung ist, weil ja auch dem „Unternehmer Vorteile durch die Wirksamkeit des Wertvereins erwachsen“. Und da wollen diese Anti-Organisationen von einer Vertretung der Arbeiterinteressen reden. Geradezu komisch aber wirken die logischen Seitenhänge unter Punkt 5. Da wird der Streik als Mittel zur Betätigung der Koalitionsfreiheit anerkannt, auf das die Wertvereine angeblich nicht verzichten wollen. Aber von der Anlegung von Streikkassen wollen sie nichts wissen, obwohl diese doch die Vorbedingung für die Durchföhrung eines Streiks sind. Einen größeren Widerspruch kann man sich wirklich nicht denken. Und das sollen denkende Arbeiter sein, die auf solchen Leim kriechen. Im Kampfe gegen die Selben werden die angeführten „Richtlinien“ sicherlich gute Dienste leisten.

**Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.** Ein Arbeiter erkrankte am 16. November 1911. Am 18. Dezember desselben Jahres konnte er die Arbeit wieder aufnehmen. Am 26. Januar 1912 erkrankte er von neuem an derselben Krankheit, und der Zustand verschlimmerte sich so, daß am 12. Mai 1912 der Tod eintrat. Es waren also Beiträge nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung geleistet worden und zwischen beiden Erkrankungen ein Zeitraum von 6 Wochen. Die Witwe hatte ebenfalls Beiträge gezahlt und der Gesundheitszustand ließ ohne weiteres die Invalidität im Sinne des Gesetzes erkennen. Nach längeren vergeblichen Bemühungen fragte die Witwe auf das Gewerbevereinsbureau in Düsseldorf und wurde die Invalidenrente für die Witwe beantragt und vom 1. Mai 1912 anerkannt. Die Erlangung des Witwengeldes sollte allerdings nicht so glatt vor sich gehen.

Am 5. Mai 1913 wurde folgender Bescheid erteilt:

Nach Artikel 71<sup>a</sup> des Einföhrungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung haben die Hinterbliebenen zunächst nur dann Anspruch auf Hinterbliebenenförsorge, wenn der Verstorbene nach dem 1. Januar 1912 erwerbsunfähig war. Im vorliegenden Falle aber bestand die Invalidität bereits seit dem 16. November 1911. Der Antrag auf Gewährung des Witwengeldes ist daher als unbegründet abzulehnen.

Diesem Bescheid lagen zwei Gutachten, von deren Existenz der Vertreter erst vor dem Oberversicherungsamt Kenntnis erhielt, zu Grunde. Der behandelnde Arzt hatte dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 1255 Absatz 2, vom 16. November 1911 angenommen. Das zweite Gutachten eines Medizinrates gab den 26. Januar 1912 als Beginn der dauernden Invalidität an. Das Oberversicherungsamt Düsseldorf kam zu folgender Entscheidung:

Die Krankheit des Verstorbenen hat sich nach dem 16. November 1911 vielmehr wieder soweit gebessert, daß er vom 18. Dezember 1911 bis 28. Januar 1912 die Arbeit aufnehmen konnte. Diese Sachlage Arbeits-

leistung nur als bloßen Arbeitsversuch anzusehen, liegt kein Grund vor. Erst nach dem 26. Januar 1912 trat in dem Befinden des Verstorbenen eine solche Verschlechterung ein, die für absehbare Zeit die Verrichtung jeglicher Arbeit unmöglich machte und am 12. Mai 1912 zum Tode führte.

Das O.V. ist daher in Übereinstimmung mit seinem Eignungsgrad zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei dem Verstorbenen Invaliddität erst seit dem 26. Januar 1912 bestand. Die Voraussetzungen des Artikels 71 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungordnung sind hier nicht gegeben.

**Müherhafte Arbeitgeber.** Zu den englischen Firmen, die ihren Arbeitern Gewinnbeteiligung gewähren, ist die Druckerei E. S. and A. Robinson in Bristol getreten. Die Firma hat 2000 Angestellte, und der Gewinnanteil für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr beträgt für jeden Arbeiter, der länger als zwei Jahre bei der Firma ist, ungefähr das zweieinhalbfache eines Wochenlohnes. Diese Summe wird nicht, wie bei anderen Firmen in Aktien angelegt, sondern bar ausgezahlt. Die Firma gewährt jedem Arbeiter eine Woche Urlaub jährlich unter Fortzahlung des Gehalts und bezahlt auch Feiertage. Kranke Arbeiter erhalten einen Zuschuß von 50 Prozent des Betrages, den sie auf Grund der staatlichen Versicherung beziehen und außerdem werden jährlich 20.000 als Anerkennung für Pünktlichkeit verteilt. Diese Einrichtungen haben einen ganz anderen Wert für die Arbeiter, als wenn die ihnen überwiesenen Summen in Fonds gesteckt werden, aus denen sie nie etwas erhalten, wenn sie die Firma wieder verlassen.

### Gewerkevereins-Teil.

**Dresden.** In unserer am 18. September abgehaltenen Ortsverbandversammlung konnte der Vorsitzende in seiner Eröffnungsansprache seiner Freude über den feiner Besuch Ausdruck geben. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des Herrn Westerkamp, Studierende an der technischen Hochschule Dresden, über: *Zweck der studentischen Unterrichtsvereine.* Der Redner gab zunächst einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Vereine zum Veranstaltung studentischer Unterrichtsvereine. Beteiligt sind daran Studierende aller Fächer, die die Beobachtung gemacht haben, daß viele Arbeiter von der Eintönigkeit ihrer Tätigkeit unterniedrigt und zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß nur durch Anregung des Geistes diesen Mangel abgehoben werden kann. Deshalb haben sich die Studierenden die Aufgabe gestellt, den Minderbemittelten auch geistige Nahrung zuzuführen, um ihren Lebenskreis erweitern zu helfen und das Verständnis für den Zusammenhang der Arbeit des einzelnen mit dem Weltgeschehe zu wecken und zu fördern. Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Bildung der Arbeiter umfaßt werden, und wies darauf hin, daß der Beginn des diesigen Wintersemesters auf den 3. November festgesetzt ist. Der niedrige Preis von 1 M. für den Kursus macht es jedem Arbeiter möglich, seine Kenntnisse zu

vermehrten. Mit dem Wunsch, daß sich recht viele an dem Kursen beteiligen, schloß der Redner seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Zu der darauf folgenden sehr regen Debatte wurde besonders hervorgehoben, daß dem Arbeiter oft die Ausbildung in der freien Lehre fehlt. Zu mancher Kollege hätte sehr verständige Gedanken und Ansichten, er könne sie aber nicht zum Ausdruck bringen. Wie gern möchte er in einer Wahl- oder einer anderen öffentlichen Versammlung seine Ansicht sagen, aber er fühlt sich belommen weil ihm die nötige Schulung fehlt. (Diesem Hebel kann am besten durch Gründung von Diskussionsclubs abgeholfen werden. T. Med.) Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und recht ausgiebigen Gebrauch davon zu machen. Das zweite Referat über Theater- und Bildungsreisen mußte der vorgeschrittenen Zeit halber vertagt werden.

Kurt Kretschmar, 1. Schriftführer.

**S Gelsenkirchen.** „Sie leben noch, die Kirche!“ so schrieb im August das hiesige sozialdemokratische Parteiprogramm, als die Gewerkevereine bei den Gewerkegerichtsverfahren einen guten Erfolg zu verzeichnen hatten. Jetzt kann das Blatt daselbst schreiben, nachdem die Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse gezeitigt sind, an denen sich die Gewerkevereine zum ersten Male beteiligt haben. Der Wahlkampf wurde von den Gegnern mit den schäblichsten Mitteln geführt. Sowohl in der roten wie in der schwarzen Presse wurden die Gewerkevereine in der schamlosesten Weise beschimpft, und auch sonst scheute man vor keinem Mittel zurück. Der Erfolg aber ist diesen „edlen“ Bemühungen versagt geblieben. Der Ausgang der Wahl hat gezeigt, daß die freiheitliche nationale Arbeiterbewegung auch in Gelsenkirchen marschiert. Die christliche Liste vereinigte auf sich 655 Stimmen gegen 833 bei der letzten Wahl. Die Wahl der für die freien Gewerkevereine abgegebenen Stimmen ist von 367 auf 311 gesunken. Die Gewerkevereine, die zum ersten Mal auf dem Plan erschienen sind, erhielten 209 Stimmen und damit 4 Vertreter im Krankenversicherungsausschuß. Auch im Vorstand ist uns eine Vertretung gesichert.

Für die erste Wahl ist dies ein ausgezeichnete Erfolg, mit dem wir sehr wohl zufrieden sein können. Die Kollegen von Gelsenkirchen erleben aber auch daraus, daß wenn jeder auf dem Posten ist, wir etwas zu leisten vermögen. Nicht nur bei den sozialen Wahlen können wir Erfolge erlangen, sondern bei steter Aufklärungsarbeit wird es uns auch möglich sein, noch einen großen Teil freiheitlich gesinnter Arbeiter für unsere Sache zu gewinnen. Dazu muß ein jeder mit beitragen. Dann können uns die Gegner noch so oft tölschreiben, wir werden vorwärts kommen und getreu unseren Idealen weiterarbeiten, bis eine einseitliche Organisation, aufgebaut auf den Grundlagen der Deutschen Gewerkevereine, in der Arbeiterschaft geschaffen ist.

### Verbands-Teil.

#### Versammlungen.

**Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (D.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-223. Mittwoch, 8 Okt., abds. 8 1/2 Uhr Vortrag des Kol. Pantke über: „Reinigungssamt“. Gäste sind herzlich willkommen.

**Gewerkevereins-Liebertafel (D.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Lehungsstunde i. Verbandshause d. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste wül. —

#### Orts- und Medizinalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden erste Diensttag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertret. - Sitzung im Burhop's Geschäftsbaus, Bremen, Reitenstraße.

**Essen (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hantke, Sandwerferstr. 42.

**Essen.** Gewerkevereins-Liebertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr Lehungsst. i. Vereinsl. Hafen, Marktstr.

**Essenfeld-Warmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertretung bei Roggenkämpfer, Essenfeld, Kunitzstr. und Erholungsl. - L.

**Frankfurt a. M. (Gewerkevereinsangehörige).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lehungsstunde im Vereinslokal, Kischstr. 16. Verbandskollegen sind willkommen!

**Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Diskussionsstunde im Lokal von C. Simon, Alter Markt.

**Hansen b. Kaden.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Diskussionsabend bei Ludwig, —

**Hamburg (Reinheitsklub).** Jeden Montag von 9 bis 11 1/2 Uhr bei Wrel, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerkevereinsliebertafel).** Jeden Donnerstag Lehungsstunde bei Ehner in Altona, Fimbsbüttelstraße 48-50

**Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 5. Okt., morgens 10 Uhr Ausflugstunde in der „Königsrath“, Brühlstr. 12. Tagesordnung daselbst.

**Hannover-Linden.** den 11. Oktober, abends 8 Uhr findet unser diesjähriges „Stiftungsfest“ eben daselbst statt.

**Herrn (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung h. Bw. Müll. Kuhn, Bahnpost, gegenüber der evang. Kirche.

**Hiersohn.** Diskussionsabend jeden 2. Mittwoch bei Hilpe, —

**Köln (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertretung in der Benz-Erholung, Streugasse. —

**Krefeld (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Lehungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 1/2 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen.

**Waldheim - Mühl.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr. Vertret. - Sitzung im Verbandshaus bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88.

**Wettin (Sängerchor & Gewerkevereine).** Die Lehungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Nebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich wül.

**Wettin (Ortsverb.).** Diskussionsklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr h. Nebel u. Donnerstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schloßstraße 28, Ecke Schönebergstraße.

**Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Maurerstr. 62.

**Wesphalens a. S. (Gesangsverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine).** Lehungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Rößlergarten“. Gesangsabend Gewerkevereinskollegen sind willkommen.

**Wesphalens (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Diskussionsklub im Hermann's Garten.

**Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandshaus „Reinhold“.

Veränderungen bezgl. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Titst (Ortsverband). R. Kaul, Kassierer, Schloßmühlentstr. 10 II.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

### Jährliche Anzeigengewerkevereiner

Im folgende jeden erscheinene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Verarbeit unentbhrlich:

**Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912,** erhalten vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;

**Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Gewerkeindustrie,** von H. Gleichauf;

**Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis,** von R. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 20 Stück 1,50 M. und 50 Stück 3,75 M. bei portofreier Zufendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin N.O. 55., Greifswalderstr. 221-223, zu richten.

**Hleguitz (Ortsverband).** Vertretungsstellen für durchreisende Gewerkevereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Dito Genschorel, Sportstr. 30/31. Vereinslokal, „Prinz von Preußen“, Slogauerstraße.

**Düsseldorf und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten in unserem Verbandshaus zum Klosterkeller, Kurfürststr. 29 ein Ortsgesicht von 50 Pfg. Zu werden auf dem Bureau, 1. Etage. Daselbst Arbeitsnachweis für alle Berufe.

**Moschall.** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Unterkunft bei N. Gerholz, Klosterstr. 1.

**Kedermünde und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reiseunterstützung. Karten hierzu in Kedermünde beim Kollegen Aug. Krugel, Königstr. 6. In Lorquell beim Kollegen Richard Prick, Friedrichstr. 16.

**Kreisitz-West (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsgesicht bei den Vereinskassierern. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in Stadt Hannover, Leipzig, Seeburgstraße 25-27, Gültigkeit.

**James I. Sch. (Ortsverb.).** Unterstüzung für durchreisende, arbeitslose Kollegen bei Mich. Rißner, Wladislawstr. 14.

**Wilhelmschaven (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Unterstützung. Karten beim Ortsverbandskassierer H. Becke Wilhelmshaven. Küstingstr., Gmelinstr. 13.

**Dag in Bjöhnen.** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Nachtloge und Frühstück in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch nationaler Arbeiter - Vereinigungen, Elisabethstraße 8.

**Fr.-Stargard (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 0,75 M. bei dem Ortsverbandskassierer L. Herrmann, Markt 32.

**Biberach a. Nib (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 M. Ortsgesicht, beim Ortsverbandskassierer S. Schneider, Saulgauerstr. 24. Herberge zum toten Ochsen, Marktplat.

**Worms (Ortsverb.).** Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgesicht von 75 Pfg. im Verbandshaus „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4).

**Pittau (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung im Betrage von 75 Pfg. bei allen Vereinskassierern, für die schwebenden Berichte beim Ortsverbandskassierer F. Brendler, Eßbamerstr. 64.

**Chemnitz (Ortsverband).** Das Gesicht für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. Paul Müller, Bernsdorferstraße 31, abends von 6-8 Uhr ausgezahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von Kol. Oswald Pfaff, Genselberstr. 32, verwaltet. Sprechzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

**Erfurt (Ortsverb.)** An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 0,75 M. gezahlt durch den Ortsverbandskassierer August Seiffert, Paulstr. 20.

**Eisenach u. Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer D. Bennewitz, Rennbahnstraße 54.

**Glogau (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgesicht beim Kollegen Unglaube, Preußische Straße 89.

**Köben (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgesicht von 1 M. bei E. Berndt, Grotzendorfer-Allee 65a.

**Hirschberg (Ortsverband).** Die Unterstützungsstellen erhält durchreisende Gewerkevereinskollegen bei S. Riemen, Markt 8.

**Orschlitz (Ortsverb.).** Durchreisende Arbeitslose erh. Unterstützung bei G. Henze, Wiesnigerstr. 74.

### Legikon Des Arbeitsrechts

in Verbindung mit  
Felix Glauk, Hermann  
Fog, Hermann Kuppe  
herausgegeben von  
Alexander Ulzer.

Ber sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Legikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitervereine, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches legen. Gegen Einbindung des Kostenpreises von 4,80 M. pro Exempl. in gul. Beinahebeim. im Nachtrag erfolgt frank. Zufendung. Das Werk ist an unsern Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin N.O. 55., Greifswalderstraße 221/223 zu senden. Die Bestellung ist auf den Preiskartent zu schreiben.